



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Dezember 2022



Eigentlich wollen wir ja ausfinanzierte Gesundheitszentren in den Stadtteilen. Manche würden auch Polikliniken sagen. Aber erst mal muss wenigstens der Spatz in der Hand gesichert werden. (s.S. 4 und 11/22)

Aktive vor dem Gesundheitskiosk: Sabine Ritter, Patrick Walkowiak, Uwe Böhm, Wolfgang Strauß, Deniz Celik, Maureen Schwalke. Eine gute Mischung aus BO, LaVo und Fraktionen

Foto: DIE LINKE.

Redaktionsschluss für die Januar-Ausgabe:
Donnerstag, 29.12.2022

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Yalda - Eine Welt Fest	S. 2
Bericht BMV	S. 3
Gesundheitskiosk	S. 4
Brot, Frieden, Würde - jetzt	S. 5
SAGA Unterschriftenaktion	S. 6
Ein Gespenst geht um ...	S. 8
Friedensfrühstücke	S. 9
Bündnisdemo gegen Gewalt	S. 10
8. Mai Feiertag	S. 10
Bürgergeld gescheitert	S. 13
Termine / Kontakt	S. 14

Eine Welt Fest - Yalda-Fest



EINE WELT FEST
YALDA FEST
Für Solidarität und Frieden!

Samstag 17.12.2022 ab 17.00 Uhr
Kultur Palast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a
U-Bahn Billstedt
Kinderbetreuung vorhanden
Eintritt frei!

www.mehmet-yildiz.de, Billstedter Hauptstrasse 78 Mehmet Yildiz, MdHB

Gerade in Zeiten von Krieg, Krise und Inflation ist Solidarität eine wichtige Grundlage. Die Kriege in der Ukraine, in Syrien, im Jemen und vielen weiteren Ländern müssen sofort beendet werden. Dazu sind Verhandlungen und Dialog der einzige Weg. Aufrüstung, Rüstungsexporte, Feindbilder gegen Russland und China wie auch Sanktionen führen in die Sackgasse. Die Sanktionen gegen Russland haben uns schon jetzt in eine tiefere Inflation und zur Vertiefung der Wirtschaftskrise geführt, die viele Menschen an den Abgrund des finanziellen Ruins führt und die Wirtschaft langfristig zerstört. ArbeiterInnen, MigrantInnen, SeniorInnen, Selbstständige, HandwerkerInnen und kleine Betriebe zahlen die Krise - einige große Betriebe und die Rüstungsindustrie werden dagegen subventioniert und machen Milliardengewinne.

Das gesellschaftliche Klima wird zunehmend rauer und Hamburg ist nach wie vor keine „Stadt für Alle“: Rassistische Polizeikontrollen sind nach wie

vor an der Tagesordnung, Abschiebungen in de facto unsichere Herkunftsländer wie Afghanistan, einige afrikanische Länder und Länder des Mittleren Ostens finden noch immer statt, Länder wie Libyen werden militärisch aufgerüstet, um die Grenzen zur EU abzuschotten. Wegen dieser Abschottungspolitik von Bundesregierung und EU ertrinken jedes Jahr tausende Menschen im Mittelmeer. Das muss aufhören!

Vor diesem Hintergrund sind Initiativen wie das europaweite Netzwerk „Solidarity Cities“ die richtige Antwort. Gemeinsam treten solidarische Städte für eine Welt ein, in der niemand Angst vor Diskriminierung, Ausgrenzung und Abschiebung haben muss. Besonders Städte, mit all ihrer kulturellen und sozialen Vielfalt, sind wichtig für die Aufnahme von Geflüchteten. Das Ziel ist klar: In einer solidarischen Stadt sollen alle Menschen Zugang zu freier Bildung, zu Wohnraum, Arbeit und medizinischer Versorgung haben unabhängig von Herkunft, finanzieller Situation, Hautfarbe oder Geschlecht. Denn eine Gesellschaft kann sich nur durch Teilhabe und Zugehörigkeit positiv entwickeln. Mittlerweile gibt es Geflüchtete zweier Klassen. Weiße Geflüchtete aus der Ukraine werden bevorzugt behandelt, people of colour aus der Ukraine und aus dem Rest der Welt müssen dagegen um jede Selbstverständlichkeit kämpfen oder werden sogar

abgeschoben. Wir fordern Bleiberecht, Arbeitsrecht und würdiges Leben für alle. Das wäre ohne Probleme möglich. Das Geld dafür ist vorhanden, es muss nur entsprechend verteilt werden.

Gemeinsam wollen wir uns vernetzen, uns über solidarische Praktiken und Ideen sowie Wege aus der Krise und zum Frieden austauschen und die längste Nacht des Jahres feiern.

In diesem Sinne lädt der Abgeordnete Mehmet Yildiz zum traditionsreichen „Eine Welt Fest - Yalda Fest“ ein, dieses Jahr unter dem Motto: **Solidarität und Frieden!**

Mit einem internationalen musikalischen Programm und internationalen Speisen und Getränken.

Wir freuen uns, wenn du dabei bist!

Bezirksmitgliederversammlung „Soziale Entwicklung für Frieden“

Am Sonntag, den 27.11.2022 kamen um die 20 Mitglieder unserer Partei zu einer BMV unter dem Motto „Soziale Entwicklung für Frieden“ zusammen. **Barbara Borchardt** konnte als Referentin zu diesem Thema begeistern mit scharfsichtigen historischen Analysen, eng verbunden mit eigenen Erfahrungen als linke Sozialistin, die nunmehr eine Hälfte ihres Lebens in der DDR und die andere in der vereinigten BRD verbracht hat. Freundlich und bestimmt, intellektuell und handfest zugleich.



Blick in den Saal, Barbara spricht; eigenes Foto

Soziale Ungerechtigkeiten seien eine wichtige Ursache für Kriege, das werde z.B. im Versailler Vertrag deutlich. Und mit Oskar Negt knüpfte sie wie zufällig an den zuletzt gehaltenen Austausch an (Überwindung struktureller Gewalt, Johann Galtung): Ausgrenzung und Chancenlosigkeit seien eine Form des Krieges. So ähnelten die Forderungen nach der Beendigung von Kriegen nicht zufälligerweise sozialistischen Positionen.

Der „entfesselte Kalte Krieg“ nach 1989/90 zeige das erneut von der negativen Seite: Die Behauptung, der globale Markt würde alles heilen, die Ungleichheit der Teilnehmer würde auf natürliche Weise abnehmen, sei nicht eingetreten, im Gegenteil. Gewerkschaften hätten sich auf Arbeitsschutz reduzieren lassen, Mitbestimmung und Demokratie insgesamt seien zurückgedrängt worden. In diesem Zusammenhang sei das Schröder-Blair-Papier zu wenig kritisch rezipiert und diskutiert worden von linker Seite. *Hier ist es zu finden bei näherem Interesse:*

https://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/vs/politik3/Lehre_WS_11_12/Schroeder_Blair.pdf

Es gilt als die ideologische Grundlage der Agenda

2010 inkl. des Hartz IV-Systems. Das wurde in der Diskussion vertieft, denn die Orientierung auf die „Eigenverantwortung“ hat kulturell, mental und psychisch viel Schaden angerichtet. Die neoliberale Ansage, von Gunhild pointiert: „*Du hast klarzukommen, sonst bist du ein Versager*“. Verbreitete Ichbezogenheit hat also Ursachen, Mangel an Solidarität macht nicht glücklich. Sanktionen helfen nicht weiter, denn das Fehlen von ausreichend vernünftiger Arbeit sei das Problem, so Barbara (während es zugleich viel Sinnvolles verstärkt zu tun gibt, Erg. d. Autors). Längere Arbeitslosigkeit mache krank, sodass man auch irgendwann nicht mehr arbeiten könne. Und ebenso wie einige faule Arbeitslose gebe es diese auch unter Beamten und Politikern.

Von nun ging es um die Frage: Was tun? Ein Problem wurde in der kulturellen Integration in die Parlamente gesehen, womit sich von der Parteibasis und Wählerschaft entfremdet wurde. „*Die Partei hat Fraktionen, nicht andersherum*“, so Barbara. Wir seien selber schuld,

wenn wir Abgeordnete auf Podeste heben als Partei, anstatt sie als Gleiche unter Gleichen zu behandeln. Gefordert sei also mehr Selbstbewusstsein als Partei, um die Anpassung nicht zuzulassen. Ob wir in Parlamenten vertreten sind, sei zwar nicht uninteressant, aber wir hätten eine andere Rolle, nämlich aufzurühren: „*Begreift die Ursachen eurer Situation, geht gegen die Verursacher vor!*“

Anschließend betonte sie: „*Ich komme aus einer staatstragenden Partei. Es war heilsam für viele im Osten, nachdem das ganze Leben in Frage gestellt wurde und man im Wahlkampf angespuckt wurde, hier und dort wieder mitzuregieren. Eure Sozialisierung ist eine andere. Der Kampf gegen das System, das fehlt uns.*“ Ich habe diese Äußerungen als Aufruf zu Verständnis und gegenseitigem Respekt für eine verbesserte Zusammenarbeit aufgefasst.

Dazu passte auch ihre Äußerung zu der drohenden Spaltung der LINKEN: „*Wir haben eine sozialistische Partei vergeigt. Wenn wir jetzt auch DIE LINKE zerlegen, haben wir eine historische Chance verpasst*“. Der plurale Charakter der LINKEN sei richtig, aber die bisherige Art der Diskussion falsch. Im Erfurter Programm seien offe-

ne Fragen formuliert, aber diese nicht weiter diskutiert worden. Wir müssten den Mut finden, ungeklärte Fragen zu diskutieren, damit wir kluge Antworten finden. Das sagte sie wieder eng verbunden mit linkem Protest und dem Kampf gegen Rechts. Aktuell hätten wir den Rechten die Protestkultur überlassen, aber eine wirkliche, klare und freche Linke würde die Leute zurückholen.

Mit diesem Ausblick haben wir im Anschluss daran folgende **Beschlüsse** gefasst:

1. Der Bezirksverband HH Mitte regt eine hamburgweite Beratung noch im Dezember zur Auswertung der Aktivitäten im „heißen Herbst“ an, um inhaltlich Perspektiven für den Zusammenhang zwischen Frieden und einer sozialen Wende zu vertiefen.
2. Nach dem Jahreswechsel wird ein Aktionstag für Frieden und Soziale Verbesserungen organisiert. Der Bezirksvorstand nimmt dafür Verbindung mit dem Landesvorstand und interessierten Parteigliederungen auf und beteiligt

sich tatkräftig an der Planung und Umsetzung.

Danach haben wir einstimmig bei einer Enthaltung **Suna Sahin** in den Bezirksvorstand nachgewählt. Herzlichen Glückwunsch und auf eine ebensolche Zusammenarbeit! Den Finanzbericht und die Neuwahl einer Revisionskommission mussten wir noch einmal vertagen, da die laufende Prüfung noch nicht ganz abgeschlossen werden konnte. Nach einigen gegenseitigen Aufrufen und Einladungen beendeten wir die Versammlung eine gute Stunde vor der geplanten Zeit.

Persönlich finde ich, dass uns mal wieder eine gute Verbindung einer diskursiven Bildungsveranstaltung mit daraus abgeleiteten praktischen Vorhaben und einer innerparteilichen Wahl gelungen ist. Dieses Parteilieben bei nächster Gelegenheit mit zu pflegen und weiterzuentwickeln sei wärmstens empfohlen.

Mit solidarischen Grüßen,
Alex Benthin

Kundgebung Gesundheitskiosk Billstedt

Dem Gesundheitskiosk am Billstedter Markt soll die Finanzierung gekürzt werden. Damit steht der Kiosk, dessen Kosten vor allem von den Krankenkassen gedeckt werden, vor dem Aus. Alleine die AOK zeigte sich von den vier beteiligten Krankenkassen bereit, die Kosten weiterhin zu tragen. Dabei hatte Gesundheitsminister Karl Lauterbach das Konzept in Billstedt doch explizit gelobt...

Deshalb hat es sich die BO Billstedt mit Unterstützung einiger weiterer Genoss:innen zum Ziel gesetzt, Unterschriften für den Erhalt des Kioskes zu sammeln. Trotz der miserablen Wetterverhältnisse sind dabei in circa eineinhalb Stunden 71 Unterschriften zusammengekommen. Ein beachtliches Ergebnis!

Doch warum ist der Erhalt des Gesundheitskioskes so wichtig? Billstedt ist medizinisch sehr schlecht aufgestellt. Wie in vielen strukturell benachteiligten Stadtteilen mangelt es an Ärzten und anderen Gesundheitseinrichtungen. Armut macht nicht nur krank, sie verkürzt auch das Leben. So ist die Lebenserwartung in Billstedt zehn Jahre kürzer als in Blankenese.

Zusätzlich bietet der Gesundheitskiosk Beratungen in verschiedenen Sprachen an und stellt somit für Menschen, für die das deutsche Gesundheitssystem neu oder schwer durchschaubar ist, ein niedrigschwelliges Angebot dar. Ohne Termin

und ohne Versicherung kann man sich hier zu medizinischen Angeboten und deren Finanzierung beraten lassen.

Viel besser als einen Gesundheitskiosk fände unsere Partei

ein Gesundheitszentrum, in dem niedrigschwellige Anlaufstellen mit Fachärzt:innen und weiteren medizinischen und therapeutischen Angeboten zusammenkommen. Doch erst einmal geht es darum, mit der Unterschriftenaktion und parlamentarischen Initiativen den Gesundheitskiosk zu erhalten und ein langfristiges Finanzierungskonzept zu ermöglichen!

Mit dabei waren übrigens: Verena, Maureen, Rebecca, Uwe, Wolfgang, Deniz, David, Martin und Patrick.
Patrick Walkowiak

Niedrigschwellige Versorgungskoordination vor Ort

Versorgungskordinatorinnen arbeiten in Arztpraxen und Krankenhäusern und steuern die Versorgung – gemeinsam mit dem Gesundheitskiosk in Hamburg-Billstedt/Horn.

Versorgungskordinatorinnen als arztnahe Schnittstelle in den Praxen

- Mehrere Patient:innen mit komplexen oder chronischen Erkrankungen, Patienten mit HIL- oder Pflegegradstatus, welche durch ihre gesundheitlichen Probleme in der Praxis versorgt werden, aber keine Möglichkeit abgeben, für Maßnahmen zu sorgen.
- regelmäßige Patientenkontakt, -beratung, -betreuung
- mehrfache, koordinierte Einbindung von Arzt:innen, Pflegekräften und Mitarbeiter:innen, Gesundheitskiosk
- niedrigschwellige Fallgruppenarbeit, um den Fall, insbesondere bei akuten oder komplexen Fällen, zu managen
- Koordination von Versorgungsmöglichkeiten innerhalb der Praxis, bei Bedarf Koordination außerhalb der Praxis
- Koordination der Patienten im Gesundheitskiosk, um die Koordination der Versorgung zu erleichtern

Kommunikationsinstrumente

- Übernahmehesche, die eine Übertragung der ärztlichen Empfehlung an Arzt:innen der Hausarztpraxis ermöglichen
- Rückmeldung über den Informations- und Arzt:innenstatus, verfahrensrechtliche Änderungen
- Fallbesprechungen (z.B. im Fall, bei Ausfall und der jeweiligen Koordination, Findung von passenden Ressourcen, Fragestellungen) mit dem Versorgungskoordinationsteam, Gesundheitskiosk und HIL

Ziele des Einsatzes von Versorgungskordinatorinnen in den Arztpraxen:

- Reduzierung vermeidbarer Arztbesuchen, Krankenhausaufnahmen
- Vermeidung von Versorgungslücken
- Entlastung der Arzt:innen
- Steigerung der Gesundheitskompetenz

Brot, Frieden, Würde – Jetzt!

Bericht von der Kundgebung für eine soziale Zeitenwende

Die Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“ (ISSMA) rief zur Kundgebung für eine soziale Zeitenwende am 04. November 2022 auf dem Hamburger Jungfernstieg auf: *„Eine substanzielle Verbesserung der sozialen Lage der überwiegenden Mehrzahl ist nicht nur das demokratische Gebot der Stunde und die einzig realistische Perspektive zur Überwindung der ökonomischen Krise. Sie ist zugleich die dringend notwendige Ermöglichung persönlicher Teilhabe an der Gestaltung der gemeinsamen Lebensbedingungen, der produktiven Entfaltung des gesellschaftlichen Menschseins und mithin der Verwirklichung menschlicher Würde im globalen Maßstab.“* (siehe hier:

<https://kurzelinks.de/m476>)

„Schluss mit dem Elend: Brot, Frieden, Würde – jetzt!“ war die gebildete Perspektive der Kundgebung, die auch vom Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte unterstützt wurde. Es kamen Mitstreiter:innen aus Gewerkschaften, Sozialverbänden, sozialer Bewegung, Studierendenschaften und Friedensbewegung zusammen. Mit engagierten,



spezifischen Redebeiträgen wurde das Gesamt an sozialen wie zivilen Umwälzungen für menschenwürdiges Leben rund um den Globus entfaltet. Die Redebeiträge sind auf der Youtube-Seite der ISSMA-Kampagne nachzusehen:

<https://kurzelinks.de/x8ku>

Sandra Goldschmidt (ver.di) am Mikro

Sandra Goldschmidt aus der Landesbezirksleitung von ver.di Hamburg und Klaus Wicher vom Sozialverband Deutschland machten den Aufschlag für mehr Mut gegen Reichtum, damit wir mit der Übergewinnsteuer anfangen, aber nicht aufhören. Es braucht dringend die Umverteilung von Oben nach Unten für ein Ende der neoliberalen Politik, weil sinnstiftende Arbeit und höhere Löhne möglich und für alle erfreulich sind. Das sog. Sondervermögen von 100 Milliarden für die Bundeswehr muss sofort

zu Investitionen in Bildung, Kultur, Gesundheit und Klima umgewidmet werden.

Elias Gläsner von der ISSMA-Kampagne und Mena Winkler von der Volksinitiative für einen zivilen Hafen rundeten die Kundgebung ab mit der zivilen Perspektive für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Kooperation weltweit statt Abschottung, Aufrüstungen und Sanktionen. Elias Gläsner sprach profund gegen die verheerende und dumme Sanktionspolitik, die mit dem Faktum einer multipolaren, hochglobalisierten Weltwirtschaft in befremdlicher Weise auf Kriegsfuß zu stehen scheint. Er rief zu einem neu zu schaffenden Bewusstsein auf, dass *„die Quellen des gesellschaftlichen Reichtums, die öffentliche Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen unser gemeinschaftliches Eigentum [sind]. Wir sind dafür verantwortlich, dass sie zur Mehrung des allgemeinen Wohls und zur Gestaltung einer menschenwürdigen Welt gebraucht werden.“* Mena Winkler legte dar, wie wir aus Hamburg Frieden schaffen, in dem wir den Mythos, Verhandlungen seien nicht möglich, widerlegen, weil wir ziviles Engagement vor Ort verbunden mit den Kämpfen in der ganzen Welt unternehmen.

In den Redebeiträgen aus dem Hafen von Betriebsrat Malte Klingforth, aus dem Jugendbündnis von Helen Vogel, aus der Studierendenschaft von Raoul Klein, aktiv in einem Studierendenwohnheim-Heimrat und aus der Sozialen Arbeit von Goli Vödisch aus der LAG KiJu wurden die spezifischen Herausforderungen für eine soziale Zeitenwende im Gesamt entfaltet: Brot, Frieden, Würde - jetzt! Dazu spielte und sang Andreas Scheibner, aktiv in der ver.di Fachgruppe Bund, Länder, Gemeinden und langjähriger Personalrat, Lieder mit Perspektive: Wann, wenn nicht jetzt!

Die Kundgebung ist Teil des Heißen Herbsts der Solidarität und des Friedens und hat eine gute Grundlage für an- und ausgreifende, gemeinsame Sozialproteste in Hamburg gelegt. Darauf bauen wir!

Die Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität!“ trifft sich alle zwei Wochen zum Anti-Austerity-Aktiventreffen mittwochs, um 19 Uhr, im Syntagma (WiWi-Bunker, Uni Hamburg, Von-Melle-Park 5, Erdgeschoss, neben Haspa-Café). Alle sind herzlich eingeladen, dazu zu kommen. An den anderen Mittwochabenden alle zwei Wochen findet das Kino gegen Austerität, ab 20 Uhr, im Anna-Siemsen-Hörsaal in der Uni Hamburg (Von-Melle-Park 8) mit aufklärerischen und ermutigenden Filmen statt. Das Kino ist kostenlos und für alle offen. Weitere Infos findet Ihr auf: www.schluss-mit-austeritaet.de

Franziska Hildebrandt

Vermieter SAGA: Es lohnt sich aktiv zu werden

„Liebe SAGA,

wir sind Mieter:innen bei dir, unserer städtischen Wohnungsbaugesellschaft in Hamburg.

Wir wollen in Zukunft noch besser von dir gehört werden, mitreden und mitentscheiden, wenn es um unsere Wohnungen und unser Billstedt /Mümmelmannsberg geht. Wir leben gerne hier und wir nehmen wahr, dass sich manches in unserem Stadtteil Billstedt/Mümmelmannsberg verändert und auch verbessert hat.

Aber die Zukunft macht uns Angst und Sorgen.

Einige von uns können sich die steigenden Preise nicht mehr leisten. Wir wissen teilweise nicht, wie wir über den Monat kommen sollen und es sieht nicht so aus, dass sich die Lage verbessern wird. Nein wir befürchten das Gegenteil.

In diese Sorgen fällt nun die Gaspreisumlage, die wir, die Mieter:innen zu zahlen hätten. Einigen von uns wächst das über den Kopf. Das schaffen viele von uns nicht und das macht uns Angst.

Deshalb bitten wir Dich, SAGA.

-- die Gaspreisumlage und die Nachzahlungen auf die Betriebskosten unserer Wohnungen nicht auf einmal von unseren Konten abzubuchen. Das packen viele von uns nicht.

- die notwendige Ratenzahlung an Dich durch uns Mieter:innen individuell zu gestalten, so dass sie auf unsere finanziellen Möglichkeiten angepasst werden kann.

- die Gewinne, die du an den Haushalt der Hamburgischen Bürgerschaft abführst, angesichts der Krisen für die Mieter zu verwenden.

- auf Mieterhöhungen momentan zu verzichten.

Sollten Mieter unverschuldet in Zahlungsverzug geraten, verzichte bitte darauf diese Mieter zu kündigen.

Wir haben erfahren, dass auch Mieter der Lenzsiedlung in Hamburg Eimsbüttel mit einem ähnlichen Anliegen an dich herangetreten sind. Dort soll es erfolgreiche Gespräche gegeben haben. Mit Ihnen zusammen, hoffen wir auf offene Ohren bei dir. Wir suchen das Gespräch mit dir. Danke.

Dieses Schreiben geht an die Senatorin Frau Stapelfeld, an die wohnungspolitischen Sprecher:innen der demokratischen Fraktionen der Hamburger Bürgerschaft, an die Bezirksversammlung Hamburg Mitte, sowie an den Regionalausschuss Hamburg Billstedt/Mümmelmannsberg.

Eine Presseerklärung wird auch auf den Weg gebracht.

PS: Auch wenn die Gaspreisumlage gekippt wurde, bleiben im Kern unsere Probleme bestehen.

In einem Interview mit dem Abendblatt zeigt die SAGA in Person von Thomas Krebs Verständnis für die Krise, die wir erwarten. Die SAGA sei da gerüstet und sie will auf Kündigungen infolge von Notlagen bis Ende 2023 verzichten. Dafür sind wir dankbar und das sollte uns Hoffnung machen, mit der SAGA in konstruktive Gespräche einzusteigen. Gerade jetzt zeigt sich, wie sinnvoll ein Zusammenwirken von kommunalen Vermietern und Mietern wäre. Mieterbeiräte wären da ein geeignetes Instrument. Auch wollen wir darauf hinwirken, dass die SAGA gerade in der jetzigen Situation auf Mieterhöhungen verzichtet. Kommen wir ins Gespräch liebe SAGA.

L. G. Uwe Everding-Böhm“



Ein Teil der Aktiven, Foto: BO Billstedt

Mit diesem Brief haben wir dann im Stadtteil gearbeitet, fleißig Gespräche geführt und Unterschriften gesammelt. Wir hatten – so glaube ich – einen guten Plan. Bevor wir also aktiv an unsere Mitmenschen herangetreten sind, haben wir vorab den Brief in zwei drei Häuser in die Briefkästen gesteckt und angekündigt, wann wir unsere Besuche machen wollen und wann dann auch unser Infostand am Start ist.

Der erste Stand in Mümmelmannsberg war eine Herausforderung, denn es hat wie aus Eimern geregnet, aber Aktive aus der Partei waren trotz-

dem am Start und bevor wir den Stand aufbauen konnten, waren Billstedter gekommen, um zu unterschreiben, denn wir haben die sozialen Medien genutzt und den Brief auf Billstedter Seiten platziert. Die Resonanz auf den Seiten war für Billstedter Verhältnisse überwältigend. Ich bin von zwei Menschen angeschrieben worden, die sich einen Besuch von uns in ihrer Straße gewünscht haben. Das haben wir dann auch erledigt.

ben dann noch zwei Haustüraktionen ohne Info Stand in der Siedlung gemacht, in der meine Frau und ich wohnen.

Den Brief haben wir an die Fraktionen der demokratischen Parteien sowohl der Bürgerschaft als auch der Bezirksversammlung Hamburg geschickt. Geantwortet hat nur die Senatorin Frau Dr. Stapelfeldt, die sich über die weitere Entwicklung in dieser Angelegenheit von der SAGA informieren lassen will.

Gute Lösungen erbeten

200 Unterschriften an Saga übergeben

BILLSTEDT Uwe Everding-Böhm, Wolfgang Strauß (Linke) aus der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und Patrick Walkowiak haben unter Saga-Mietern 200 Unterschriften gesammelt. Die Billstedter und Mümmelmansberger unterstützen damit ein Schreiben von Everding-Böhm, in dem er die Saga um Gespräche - wie in der Eimsbütteler Lenz-Siedlung - bittet. Weiter heißt es in dem Brief, die Saga solle bei anstehenden Zahlungen Raten individuell gestalten, Gewinne nicht an die Stadt abzuführen, sondern für die Mieter einsetzen und momentan auf Mieterhöhungen verzichten. Die Unterschriften-

listen mit dem Schreiben und weiterem Material übergaben die Sammler am Dienstag an die Saga, Mieterin Rosemarie Höflein, die seit 50 Jahren bei der Saga wohnt und das Anliegen begrüßte, nahm spontan am Fototermin vor der Saga-Geschäftsstelle in der Kandinskyallee teil. Die Akteure wollen weitere Unterschriften sammeln und sie der Saga übergeben. (fbt)



Rosemarie Höflein (v.l.), Wolfgang Strauß, Uwe Everding-Böhm und Patrick Walkowiak vor der Saga-Geschäftsstelle

Foto: Timm

Wir haben ca. 200 Unterschriften gesammelt und sind nur selten auf Ablehnung gestoßen. Mit mehr Leuten und mehr Zeit hätten wir auch 1000 oder mehr Unterschriften bekommen können. Das ist keine Übertreibung.

Wir mussten und wollten die Sache auch im Interesse der Billstedter*Innen abschließen. Mit einer Mappe (Unterschriften und Schreiben) sind wir am 22.11.2022 bei der SAGA aufgetaucht und haben die Unterschriften dort (Geschäftsstelle Mümmelmansberg) abgegeben. Es kam danach zu einem kurzen Vorgespräch und wir gehen davon aus, dass es zu einem Gespräch mit der SAGA kommen wird. Versichert wurde uns noch einmal, dass die SAGA auf Kündigungen bis 2023 bedingt durch eventuelle Zahlungsschwierigkeiten seitens der Mieter*Innen angesichts der Krise verzichten wird. Mal schauen, was wir noch erreichen können.

Unser Dank geht an unsere jungen Menschen, die uns unterstützt haben. Ohne euch wäre nichts gegangen. Ihr habt uns Kraft gegeben. Es macht Spaß mit euch. Nicht so viel labern, sondern machen. Eine Idee ein guter Plan und Power, dann geht was. Der Stadtteil Billstedt hat eine eigene Seele, die man lesen können muss, um hier zurecht zu kommen. Ich glaube wir sind ein Stückweit im Stadtteil angekommen.

Unsere Kerntruppe: Wolfgang, Patrick, Nora und ich. Unterstützer*Innen. Rainer, Maurice, Carola, Heiner, Alexander, Maureen, Martin und Ole. Danke, danke, danke.

Uwe Everding-Böhm

Insgesamt haben wir 4 Infostände zu dem Thema gemacht, die jeweils auch mit Haustüraktivitäten verknüpft worden sind. Das Sonnenland hat uns mit einer eigenen Sammlung unterstützt. Wir ha-

Ein Gespenst geht um

Ein Gespenst geht um und diese Schreckensgestalt ist anscheinend Sahra Wagenknecht.

Darüber haben wir am 16.11. mit unseren neuen Landessprecher*innen Sabine Ritter und Thomas Iwan im Ortsbüro der Stadtteilgruppe Wilhelmsburg/Veddel intensiv und sachlich diskutiert.

spiel fallen unter die meisten Tarifverträge für den öffentlichen Dienst sowohl Nicht- Akademische Angestellte als auch akademische Angestellte.

Sabine stützte Thomas' sogenannte verbindende Klassenpolitik und äußerte zudem auch ihren Unmut, dass Sahra viele Gruppen, auch und gerade Minderheiten leider Gottes in ihrer Politik ausschließen würde und dass dieses Exkludieren ungerecht sei.

Einig waren wir uns dann am Ende der anregenden Diskussion, dass es losgelöst von politischen Anschauungen letztlich ganz entscheidend auf die einzelne Genossin und den einzelnen Genossen im Viertel ankommen würde, der für alltägliche Fragen des Lebens Ansprechpartner*in für die Bürger ist.

Laut Sabine und Thomas sei gerade diese Nähe zu den Menschen in der Nachbarschaft, im Sportverein, im Kleingartenverein u.s.w. der zentrale Verknüpfungspunkt zwischen den Bürger*innen und unserer Partei.



Thomas in der Debatte ... Foto: SFW

Im Grunde genommen war Sahra aber nur sozusagen der Aufhänger - ein Aufhänger, von dem wir uns größtenteils ziemlich schnell gelöst haben.

Andreas Grünwald vertrat jedenfalls die sogenannte Zwei-Säulen-Theorie, also dass eine starke und in Wahlen erfolgreiche Linke sowohl den regierungsfreundlich-pragmatischen als auch den sozialistisch-progressiven Flügel benötige.

Sowohl Sabine als auch Thomas wissen um die teilweise auf den ersten Blick nicht gänzlich harmonisierenden Wählermilieus unserer Partei. Auf meine Frage, was denn eine bodenständige Sekretärin mit einem weitgereisten Akademiker, der zum Beispiel in Sydney sein Auslandspraktikum absolvierte, rein emotional verbinde, meinte Thomas, dass diese in vielen Fällen im selben Boot säßen. Zum Bei-



und auch Sabine

Sven-Friedrich Wiese (auch Fotos)

Friedensfrühstück in der Alevitischen Gemeinde Haak-Bir

Am Sonntag den 27. November veranstaltete Mehmet Yildiz gemeinsam mit der Alevitischen Gemeinde Haak-Bir ein Friedensfrühstück in den Räumen der Gemeinde in Rothenburgsort. Daran nahmen mehr als 100 Menschen teil.



Blick in den vollen Saal, Foto: Martin Dolzer

Die Vorsitzende der Alevitischen Gemeinde Haak-Bir, Seval Ünlü, hielt ein Grußwort. Auf dem Podium diskutierten Marco Gasch vom Hamburger Forum, der Musiker und Journalist Martin Dolzer und Mehmet Yildiz. Es wurde intensiv über den Krieg in der Ukraine und die geschichtlichen Hintergründe sowie den türkischen Krieg gegen

Rojava und im Nordirak diskutiert. Während der Krieg in der Ukraine vom Westen als völkerrechtswidrig bezeichnet wird, wird der Krieg der Türkei einfach kritiklos hingenommen. Diese Doppelstandards aufgrund geostrategischer Interessen sind unerträglich und führen in die Sackgasse.

Frieden kann nur über den Stopp der Waffenproduktion, den Stopp der Rüstungsexporte und sofortige Friedensverhandlungen entstehen. Dafür ist eine entschlossene friedenspolitische Position notwendig und das Lernen aus der Geschichte. Statt weiteren Waffenlieferungen aus der BRD an die Ukraine, nach Saudi-Arabien und in die Türkei und geschichtsverdrehenden Genozidklärungen über eine Hungersnot in den 1930er Jahren mit dem Feindbild Russland, wäre eine Rückbesinnung auf das Völkerrecht und Völkerfreundschaft wichtig.

Statt dem Durchsetzen der Hegemoniestellung der USA mit allen Mitteln, brauchen wir eine multipolare Welt. Da Krieg im Kapitalismus angelegt ist, muss dieser langfristig überwunden werden, damit die Menschen friedlich und in Würde zusammenleben können, so der Tenor der Veranstaltung.

Martin Dolzer

Friedensfrühstück

Sonntag, 11.12 11-14 Uhr



MIG-Zentrum e.V.
Langenfelderstrasse 53b
22769 Hamburg



Das nächste Friedensfrühstück

Wir laden ein zum Friedensfrühstück am Sonntag, den 11.12.

In gemütlicher Atmosphäre wollen wir uns mit den VertreterInnen der Friedensbewegung zu der momentanen Zuspitzung von Kriegen und möglichen Auswegen in Richtung Frieden in Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise auseinandersetzen.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

Sonntag, 11.12., 11-14 Uhr

MIG-Zentrum e.V.

Langenfelderstrasse 53b,
22769 Hamburg

Frauen Leben Freiheit



Bündnisdemonstration am 25.11.2022 vom Hamburger Bündnis zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen* mit dem Startpunkt Dammtorbahnhof bis zum Neuen Kamp Sternschanze. In diesem Jahr war die Bündnisdemonstration mit weit über 1000 Teilnehmer*innen wieder nicht nur gut besucht, sondern besonders kraftvoll und solidarisch mit allen Frauen/FLINTA* Kämpfen Welt weit. Bewusst haben wir, das Bündnis zum internationalen 8. März Streik, uns (wie die letzten Jahre zuvor auch) für eine (only Flinta*) Demonstration entschieden. (FLINTA* ist eine Abkürzung und steht für: Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht binäre, trans und agender Personen) wir bezwecken unter anderem damit, einen dringend nötigen Rahmen für Momente der Verbundenheit, des nicht Alleins-eins, der Solidarität und der gemeinsamen Kämpfe zu erschaffen!

Allein in Deutschland wurden in diesem Jahr bisher 95 Frauen umgebracht. In Hamburg waren es sieben. Der letzte Femizid in unserer Stadt ereignete sich vor wenigen Tagen, am 04.11.2022. Einen Tag zuvor hatte es einen versuchten Femizid gegeben. In Deutschland erfahren jede Stunde mindestens 13 Frauen Gewalt in ihrer Partner-

schaft und im vergangenen Jahr gab es 204 Straftaten gegen trans-Personen. Diese Zahlen sind erschreckend hoch, doch die Dunkelziffer liegt um ein Vielfaches höher. Und sie zeigen: Patriarchale Gewalt stellt keine Ausnahme dar, sondern geschieht jeden Tag, überall auf der Welt!

Während der Demonstration kam es zu mehreren Zwischenfällen, bei dem Demo-Teilnehmer*innen von Passanten angegriffen wurden.

Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen und bitten Zeug*innen des Vorfalls sich bei uns zu melden!

Diese Vorfälle zeigen beispielhaft, warum wir als FLINTA* Demo auf der Straße waren!

Gemeinsam gegen Sexismus, gemeinsam gegen Transphobie, gemeinsam gegen patriarchale Gewalt!!!

**Jin, Jiyan, Azadî
FRAUEN LEBEN FREIHEIT**

Nora Stärz (*auch Foto*)
Sprecherin der LAG Feminismus DIE LINKE Landesverband Hamburg
Bündnispartnerin vom Hamburger Bündnis zum internationalen 8. März Streik

8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Weltkrieg zum Feiertag machen!

Der Bezirksverband DIE LINKE Hamburg-Mitte engagiert sich mit zahlreichen antifaschistischen Mitstreiter:innen und Genoss:innen dafür, dass der 8. Mai als Tag des Friedens, des Antifaschismus und der Völkerverständigung zum lebendigen Feiertag gemacht wird. Es ist in diesem

Jahr gelungen, dass der 8. Mai in Hamburg zum offiziellen Gedenktag erklärt wurde. Die Bezirksversammlung in Mitte hat sich auf Antrag der LINKEN, wie in den Bezirksversammlungen Hamburg-Nord, Wandsbek, Eimsbüttel, Altona,

für einen Feiertag ausgesprochen. Darauf bauen wir auf. (* zunächst leider nur „Gedenktag“ – red)*

Als Bezirk Hamburg-Mitte haben wir den Antrag „DIE LINKE und der Antifaschismus: Der 8. Mai muss Feiertag werden“ an den letzten Bundesparteitag der LINKEN gestellt. Er wurde zur Behandlung an den Bundesausschuss überwiesen. Dieser hat in seiner letzten Sitzung einmütig diesen Antrag beschlossen. Wir dokumentieren im Folgenden den Beschluss, sowie die Begründung, die nicht Teil des Beschlusses ist.

Damit sind weitere gute Grundlagen geschaffen für ein verstärkt gemeinsames Wirken am und für den 8. Mai als Feiertag im kommenden Jahr. (Franziska Hildebrand)

DIE LINKE und der Antifaschismus: Der 8. Mai muss Feiertag werden!

2022/G06 - Beschluss des Bundesausschusses vom 20. November 2022

Am 8. Mai 1945 siegte die weltumspannende, weltanschauungsübergreifende Allianz der Solidarität und Humanität über die faschistische Barbarei Nazi-Deutschlands, die brutalste Form bürgerlicher Herrschaft. Zweiter Weltkrieg und Shoah, millionenfachen Mord, Massenvernichtung und Gewaltherrschaft, in denen über 60 Millionen Menschen, davon 20 Millionen Sowjetbürgerinnen und -bürger und 6 Mio. Juden und Jüdinnen, umgebracht wurden, konnten erfolgreich beendet werden. Die Befreiung wurde mit weitreichenden Schlussfolgerungen für ein ziviles und demokratisches Zusammenleben in sozialer Gerechtigkeit weltweit errungen. Davon zeugt allein schon die UNO und ihre Charta.

Die Holocaust-Überlebende und humanistische Kämpferin gegen Faschismus und Unrecht Esther Bejarano sprach dazu am 3. Mai 2021 in Hamburg und gab uns kurz vor ihrem Tod ihr Vermächtnis mit auf den Weg: „Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den FRIEDEN feiern!“

Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg!

Diese Hoffnung ist uneingelöst und daher der Auftrag an uns. Wir nehmen ihn an. Die großen globalen Probleme unserer Zeit – soziale Ungleichheit, Krieg und Flucht, Umweltzerstörung, Entdemokratisierung und extreme Rechte – resultieren aus der noch nicht vollendeten Befreiung. Als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen,

aus kolonialistischer Ausbeutung und globaler Konkurrenz flossen die Ansprüche der Befreiung – Völkerfreundschaft, Frieden und Zusammenarbeit – in die UN-Charta, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und das Grundgesetz, in erster Linie das Friedensgebot, demokratische Grundrechte, das Sozialstaatsgebot, die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, keine Armee, das Verbot von Angriffskriegen und ein weitreichendes Asylrecht. Das ist der Entwicklungshorizont für unsere vielfältigen Aktivitäten für Emanzipation und sozialen Fortschritt – heute erst recht und überall: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen“ (Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).

77 Jahre nach der Befreiung erklärt DIE LINKE in Erinnerung an die Verbrechen der Nazis, an ihre Opfer und die Widerstandskämpfer:innen überall auf der Welt, den 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag für die tätige Erinnerung machen zu wollen, damit nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg ist.

Wehret den Anfängen!

Unser Augenmerk muss der AfD gelten. Sie lehnt die Bedeutung des 8. Mai ab, weil sie Nazi-Diktatur und Weltkriege beschönigt und die Konsequenzen negiert. Ihr aufhaltsamer Aufstieg ist begründet in einer Reaktion auf die tiefgreifende Krise des neoliberalen Kapitalismus und seiner Eliten, um ihren Machterhalt zu sichern. Sie ist eine extrem spießige Anti-68er-Partei – mit individualisierender Eigenverantwortungs- und enger Familienideologie, damit die Menschen nicht gemeinsam aufbegehren, sondern privat, brav und vereinzelt bleiben. Nationalismus und Konkurrenz, Ungleichheit und Autoritarismus, Militarismus und Geschichtsrevisionismus sind ihr Wesenskern. Sie ist Produkt verrohter Bedingungen und gleichzeitig deren Schrittmacher.

Vorwärts und nicht vergessen!

DIE LINKE ist entschiedene Gegnerin der AfD und aller Nazi-Organisationen. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Das tätige Erinnern an die Verbrechen der Nazis und das Wirken für die uneingelösten Hoffnungen der Verfolgten, der Gegner:innen und Befreier:innen des faschistischen Systems ermuntern uns und sind uns Verpflichtung, gemeinsam mit Gewerkschaften, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Bündnissen als Einheit um soziale Verbesserungen, zivile Entwicklung und antifaschistisch zu kämpfen. Wir wollen die solidarische Alternative zur propagier-

ten Alternativlosigkeit des neoliberalen Kapitalismus bilden. Mit Aufklärung und Ermunterung kämpfen wir um die Köpfe, auf der Straße, in den Betrieben, Bildungs- und Kultureinrichtungen und im öffentlichen Diskurs: Sodass die Vielen ihre Lage erkennen und ihre Sache gemeinsam in die Hand nehmen.



Podiumsdiskussion auf der Festkundgebung auf dem Jungfernstieg am 8. Mai 2022 mit Ernst Heilmann (DGB Bergedorf), Yusuf Uzundag (Grüne Bürgerchaftsfraktion), Marianne Linke (VVN BdA Stralsund), Sieghard Wilm (Pastor der Ev. Luth. Kirchengemeinde St. Pauli)

Wir wenden uns auch gegen den Versuch, aus der Erfahrung des Faschismus heutige Kriege und Kriegsvorbereitungen zu legitimieren. Die Schlussfolgerungen aus 1945 sind gerade darauf gerichtet, „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ (Präambel der UN-Charta, 1945). Zu Diplomatie und Verhandlungen, zu ziviler Konfliktlösung und Völkerverständigung gibt es keine Alternative – es sei denn Krieg mit der Möglichkeit der atomaren Vernichtung der Menschheit. Die Logik des Krieges muss der Logik des Friedens weichen. Dafür setzen wir uns ohne Wenn und Aber ein.

Wir kämpfen für die Erfüllung des Potsdamer Abkommens der Siegermächte und Befreier vom 2. August 1945 heute: Denazifizierung durch Verbot der NPD, Abschaffung des Verfassungsschutzes und konsequente Aufklärung der Morde des NSU, in Halle und in Hanau! Demilitarisierung durch konsequente Abrüstung, Rüstungsexporte stoppen und Diplomatie befördern statt Aufrüstung und Völkerhass. Demonopolisierung für die demokratische Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wie überhaupt die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche zur solidarischen Teilhabe aller! Wir wirken insbesondere für die (Wieder-

)Herstellung aller Grundrechte und die Ausweitung auf den Sozialbereich, inklusive der Wiederherstellung des Asylrechts.

DIE LINKE ruft zu antifaschistischen Aktivitäten und zur Beteiligung am Tag der Befreiung auf. Wir wirken auf allen Ebenen, außerparlamentarisch in breiten Bündnissen und parlamentarisch, dafür den 8. Mai zum Feiertag des Antifaschismus, des Friedens, der Völkerverständigung und des Lernens aus der Geschichte zu machen!

Begründung:

Der Landesparteitag der LINKEN Hamburg hat einen ähnlich lautenden Beschluss einstimmig ohne Gegenstimme und Enthaltung gefasst und sich verstärkte antifaschistische Aktivitäten vorgenommen.

Am 8. Mai 2022 haben in Hamburg zahlreiche Veranstaltung stattgefunden, teils staatliche, teils von politischen Organisationen und Bündnissen: mit Festkundgebung (www.8mai-hamburg.de) und Demonstrationen, über Lesungen und Workshops in den öffentlichen Bücherhallen bis zu Theateraufführungen und Ausstellungen. Auf Initiative der LINKEN sind in den Bezirksversammlungen (Kommunalparlamente) Hamburg-Nord, Wandsbek, Eimsbüttel, Altona, Hamburg-Mitte die Forderung für einen Feiertag bzw. Gedenktag am 8. Mai beschlossen worden. Die „Hamburger Morgenpost“ titelte im April 2022 bereits: „Macht den 8. Mai zum Feiertag“ und „8. Mai ein Feiertag: Lange überfällig“. Im Anschluss haben die Bürgerschaftsfraktionen von SPD, GRÜNEN und CDU erklärt, dass der 8. Mai in Hamburg zum offiziellen Gedenktag wird – ein guter (Fort-)Schritt in Richtung Feiertag!

Diese Aktivitäten sind Teil des bundesweiten Belebens vom 8. Mai als Tag der Befreiung. Wir schließen uns damit auch dem Aufruf der VVN-BdA an: „Wir fordern: Der 8. Mai muss endlich Feiertag werden!“ (<https://vvn-bda.de/der-8-mai-muss-feiertag-werden/>). Wir brauchen diesen Feiertag bundesweit, um innezuhalten und über die Verwirklichung der uneingelösten Hoffnung gemeinsam nachzudenken. Das sind wir Esther schuldig, auf deren Initiative die Forderung nach einem Feiertag am 8. Mai zurückgeht, und allen anderen auch.

Bürgergeld 2023 in jetziger Form gescheitert Artikel 87a 1a GG stoppen

Die Querelen und die damit verbundenen Probleme um das neue Bürgergeld können jetzt zu 100% sicher auch als gescheitert erklärt werden. Die geplante Fassung des Bürgergeldes für 2023 wird nicht wie vorab vorgesehen in Kraft treten. Jetzt sind wir von der LINKEN als Basis gefordert, über den BV und den LV sowie als Opposition über die Linksfraktion im Bundestag in Berlin Druck aufzubauen. Es wären einige Dinge möglich, um das Schlimmste vielleicht noch abzuwenden. Normenkontrolle, Misstrauensvotum, Neuwahlen, Anfragen, aktuelle Stunden wären hier als Beispiele aufzuzählen. Es muss nun endgültig Schluss damit sein, dass Langzeitarbeitslose, die ALG 2 beziehen, ihr privates Vermögen einsetzen und aufbrauchen müssen. Aus Art.14 I GG lässt sich zwar ableiten, dass Eigentum verpflichtet, aber nicht in der Form, dass Bezieher von ALG 2 ihr angespartes und erarbeitetes Vermögen aufzubrauchen haben, um einen Anspruch aus ALG 2 zu erwerben.

Für ein Sondervermögen der Bundeswehr ist in Form einer Änderung des Artikel 87a GG ein Nachtragshaushalt quasi durch die Hintertür möglich? Dafür sollen dann aber die Bedürftigen und ALG 2-Bezieher mit ihren kleinen Vermögen so richtig schön draufzahlen. Das ist Frühkapitalismus der übelsten Sorte. Eine Änderung des Art.87a GG halte ich in Verbindung mit Art.79 GG, Art.20 IV GG für sehr gefährlich und es bedarf hier äußerster Vorsicht. Gegen die Änderung des Art.87a GG sollte die LINKE, insbesondere die LINKSfraktion im Bundestag, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln rechtlich vorgehen als Opposition. Das Sozialstaatsprinzip ist im Grundgesetz als Staatsziel verankert: Nach Artikel 20 und 28 des Grundgesetzes ist der deutsche Staat ein demokratischer und sozialer Bundes- und Rechtsstaat. Das bedeutet, dass sich der Gesetzgeber in der Bundesrepublik auch um soziale Gerechtigkeit und die soziale Sicherheit der Bürger kümmern muss. Hier besteht dringender Handlungsbedarf im Sinne des Stoppens des Sozialstaatsabbaus. Wichtige Bereiche der sozialen Gesetzgebung in Deutschland sind neben der Arbeitsgesetzgebung und der Steuergesetzge-

bung die Sozialversicherung, also die gesetzliche Krankenversicherung, gesetzliche Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung. Darüber hinaus finanziert der Staat soziale Leistungen wie Kindergeld, Elterngeld, Wohngeld oder Sozialhilfe. Diese Leistungen sind zu 100% von den Jobcentern zu tragen. Es ist hier gewiss nicht die Aufgabe der Langzeitarbeitslosen, mit ihrem Privatvermögen draufzahlen zu müssen. Zudem ist es auch unverhältnismäßig entgegen Art.20 III GG Privatvermögen beim Bezug von ALG 2 anzurechnen.

GG Art.87a (1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.

(1a) Zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit kann der Bund ein Sondervermögen für die Bundeswehr mit eigener Kreditemächtigung in Höhe von einmalig bis zu 100 Milliarden Euro errichten. Auf die Kreditemächtigung sind Artikel 109 Absatz 3 und Artikel 115 Absatz 2 nicht anzuwenden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

So sieht 2022 ein Ermächtigungsgesetz aus. Der Art.87a 1a GG wurde nachträglich eingefügt. Dadurch wurden quasi die Art.109 GG bis Art.115 GG außer Kraft gesetzt. Art.87a 1a GG ist aber so nicht mit dem Grundsatz der Gewaltenteilung aus Art.20 III GG i.V.m. Art.79 GG vereinbar. Vielmehr könnte man sich hier in der Begründung eines Normenkontrollantrags auf Art.20 IV GG berufen als Antragsteller. Wir alle wissen ja was nach 1932/33 passierte durch damalige Ermächtigungsgesetze. Wir benötigen Frieden und keinerlei neue Kriege. Die Linke ist eine Friedenspartei für den Weltfrieden. Die 2022 eingetretene Entwicklung ist als äußerst bedenklich anzusehen. Es kann so einfach nicht mehr weitergehen, weil es der komplett falsche Weg ist, der hier nun gegangen wird. Es ist der neue Weg in einen neuen möglichen Abgrund.

Roberto Perez Hagen

Termine in (und für) Mitte

Immer freitags, 17 bis 18 Uhr

Mahnwache für den Gedenkort Stadthaus
Stadthausbrücke

Dienstag, 06.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 08.12., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 08.12., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Montag, 12.12., 16:30 Uhr

Treffen der **AG SeniorInnenpolitik**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Mittwoch, 14.12., 19:00 Uhr:

DIE LINKE schenkt ein:
Eintopf – Gespräche – Unterstützung
Schorsch, Rostocker Straße 7

Donnerstag, 15.12., 17:30 Uhr

Öffentliche Sitzung der Bezirksversammlung
Caffamacherreihe 1-3, 11. OG

Samstag, 17.12., ab 17 Uhr

Yalda-Fest
Kulturpalast Billstedt (siehe S. 2)

Mittwoch, 21.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

Mittwoch, 21.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Geschichtswerkstatt, Hansaplatz 9

Januar 2023

Dienstag, 03.01., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Büro Georg-Wilhelmstraße 7 a

Donnerstag, 12.01., 18:00 Uhr;

Treffen der **Stadtteilgruppe HaHoBo**
Büro Borgfelder Str. 83

Donnerstag, 12.01., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Spökelbarg 20, Grieche „Kulinaria“

Mittwoch, 18.01. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
GW, Hansaplatz 9

Donnerstag, 19.01., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli**
Taverna "ROMANA", Schulterblatt 53
(Nebenraum)

Die **Finkenlinke** trifft sich nach Absprache.
Kontakt: Kerstin Fremder-Sauerbeck
fremdes@gmx.de

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Nilüfer Aydin		
Alexander Benthin		
Maria Bronner		
Kerstin Fremder-Sauerbeck		
Andreas Grünwald (Schatzmeister)		
Ruben Hittmeyer	0179 922 60 59	rhitt@gmx.net
Jörg Otto		
Norbert Weber		
Petra Zepter	0176 458 13 959	petra.zepter@posteo.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
Facebook	https://www.facebook.com/Die-LINKEHamburg-Mitte-1107783932672025/	
Im Netz:	http://www.die-linke-hamburg-mitte.de	
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX